

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Kippinghaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4195



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin O 31, Belle-Alliance-Platz 6
Druckanschrift: Copolius

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abdruckung letter Seite 4 Zeilen vor dem Querschnitt, wenn nicht anders vermerkt ist. Größtmöglicher für beide Seiten in Berlin.

Berlin, den 3. Mai 1932.

Int. Institut
Soz. Geschichte
Amsterdam

Enttäuschte Projektmacher!

Brüning bleibt. - Warmbold geht.

SPD. Am Dienstag-Mittag hat eine Unterredung zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler stattgefunden. Es ist darüber ein offizieller Bericht ausgegeben worden, der die völlige Uebereinstimmung zwischen Reichspräsident und Reichskanzler feststellt und alle Gerüchte über Unstimmigkeiten zwischen beiden als in jeder Hinsicht unrichtig bezeichnet. Eine stille Minierarbeit unverantwortlicher Personen, die genau in dem Augenblick eingesetzt hat als der Reichskanzler nach Genf abgereist war, hat ihr Ende gefunden; ohne dass sie Erfolg gehabt hätte.

Eine Klique, die um so grössere Projekte macht, um so geringeren Rückhalt sie im Volke oder in den politischen Parteien hat, hat den Versuch unternommen Groener beim Reichspräsidenten mazzusetzen oder doch solche Verwirrung zu schaffen, dass eine Krise unausbleiblich würde, in der mit Groener und Brüning die bisherige Regierungs-Konstellation im Reiche untergehen müsste. Ueber diese Treibereien hat noch kurz vor Torschluss der Alarmschuss aus Bayern unterrichtet. Es ist aber heute alles ganz anders, als sich die Treiber vorgestellt hatten.

Es wird allerdings eine Veränderung im Reichskabinett eintreten. Der Reichswirtschaftsminister Warmbold scheidet aus! Er hat seit seinem Amtsantritt den Standpunkt vertreten, dass die beste Wirtschaftspolitik in der Enthaltung von jeder Wirtschaftspolitik bestehe. Es hat sich daraus ergeben, dass der Reichswirtschaftsminister Warmbold, dessen Namen dem weiteren Publikum kaum bekannt geworden ist, samt seinem Ressort im wesentlichen bei den politischen und wirtschaftspolitischen Entscheidungen der letzten Zeit nur eine dekorative Rolle gespielt hat. Herr Warmbold, dessen Ansichten gerade in den seiner Ressort berührenden Fragen im Kabinett fast durchweg in der Minderheit geblieben sind, hat sich deswegen schon seit einiger Zeit mit Rücktrittsabsichten getragen. Da das Kabinett auf Entscheidungen zusteuert, die im geraden Gegensatz zu Warmbolds wirtschaftspolitischen Auffassungen stehen - 40 Stundenwoche und Prämien-Anleihe - blieb ihr jetzt kein anderer Weg als die Konsequenzen ziehen.

Ob die unverantwortlichen Intriganten gegen das Reichskabinett mit diesem latenten Gegensatz des Reichswirtschaftsministeriums zum Kabinett gerechnet haben, steht dahin. Sollten sie es getan haben, so scheinen sie sich verrechnet zu haben. Aus dieser Demission wird nicht, wie einige aufgeregte Zeitungen meinen, eine Kabinettskrise herauswachsen, vielmehr soll innerhalb 24 Stunden sein Nachfolger ernannt werden. Entweder ist es der Leipziger Oberbürgermeister Goerdeler, der am Mittwoch in Berlin eintrifft, oder der gegenwärtige Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Trendelenburg.

Ueberhaupt ist es interessant, zu beobachten, dass ein Teil der Presse jetzt von der Möglichkeit krisenhafter Entwicklung spricht und kommende hochpolitische Entscheidungen um den Bestand des Reichskabinetts andeutet, wo die

eigentliche Entscheidung gegen eine krisenhafte Entwicklung bereits gefallen zu sein scheint. Die Übereinstimmung zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler soll so stark sein, wie nie zuvor. Ebenso soll völlige Übereinstimmung zwischen dem Reichspräsidenten und Minister Groener bestehen. Gerüchten, die von ernsthaften Differenzen wegen des SA-Verbotes und wegen der Behandlung des Reichsbanners wissen wollen, steht die Tatsache gegenüber, dass am Mittwoch zwei Verordnungen erlassen werden, die unter der Federführung Groeners entstanden sind und über die Einigkeit zwischen Groener und Hindenburg besteht. Die eine sieht ein gewisses Aufsichtsrecht der Reichsregierung über militärähnliche Organisationen vor, das sich auf deren Satzungen bezieht; die andere betrifft die Gottlosenbewegung. Von einem Verbot des Reichsbanners, das den Krisentreibern als Sprengpulver willkommen gewesen wäre, ist keine Rede.

Das geschäftige Treiben der Krisenmacher in verantwortlicher und unverantwortlicher Position hinter den Kulissen und in der Presse hat also nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Bleibt die Möglichkeit eines Angriffs auf den Bestand des Kabinetts Brüning in der Reichstagstagung. Wie sich die bei den Preussenwahlen völlig aufgeriebenen bürgerlichen Gruppen bei einem solchen Angriff verhalten werden, steht dahin. Wie aber nach einem eventuellen Sturze der Regierung Brüning im Reichstag eine neue Regierung zustande kommen soll, das wissen die geschäftigsten Krisenmacher selber nicht.

Die Sozialdemokratische Partei sieht den Dingen in voller Ruhe entgegen. Sie ist auf der Hut. Ihr Hauptaugenmerk gilt vor allem den ernststen aussenpolitischen und wirtschaftspolitischen Fragen, die jetzt akut sind und die kein noch so geschäftiges Krisentreiben verdunkeln kann!

SPD. Paris, 3. Mai (Eig. Drahtb)

Der Exekutiv Ausschuss der radikalen Partei beschloss am Dienstag, alle Bezirksverbände aufzufordern bei den Stichwahlen die Interessen der radikalen Partei auf das Beste zu verteidigen und zwischen den republikanischen Parteien die notwendigen Verzichte auf nicht aussichtsreiche Kandidaturen hervorzurufen, um der Reaktion den Weg zu versperren.

Dieser Beschluss bedeutet die offizielle Anerkennung der "republikanischen Disziplin". Schon vor seiner Bekanntgabe haben verschiedene Bezirksverbände der radikalen Partei ihre Kandidaten, die im ersten Wahlgang nicht günstig abgeschnitten haben, zugunsten der sozialistischen Kandidaten zurückgezogen. Einige sozialistische Bezirksverbände haben das gleiche zugunsten der radikalen Kandidaten getan. Wenn dieses Verfahren, das in keiner Weise die Unabhängigkeit der Parteien betrifft, überall zugunsten des Linkskandidaten angewandt wird, der im ersten Wahlgang die meisten Stimmen erhalten hat, so wird es in vielen Fällen möglich sein, die reaktionären Kandidaten zu schlagen und den Sieg der Linksparteien zu vervollständigen.

Die beiden noch ausstehenden Wahlergebnisse von der Kolonie Guadelupe sind am Dienstag bekanntgeworden. In einem Wahlkreis ist der bisherige Abgeordnete Candace (radikale Linke) wiedergewählt worden, in dem zweiten Wahlkreis muss eine Stichwahl stattfinden.

SPD. Der Rücktritt des Reichswirtschaftsministers wird formell am Mittwoch vor sich gehen. Die offizielle Ernennung seines Nachfolgers soll noch am Mittwoch vollzogen werden.

SPD. Stuttgart, 3. Mai (Eig. Drahtb.)

Die Bemühungen, in Württemberg eine Rechtsregierung unter Ausschaltung des Zentrums und unter Führung der Nationalsozialisten zu Stande zu bringen, nehmen immer greifbarere Gestalt an.

Als das Landesorgan des Zentrums zum ersten Mal von diesen "ungeahnten Möglichkeiten" Mitteilung machte, glaubte die "Frankfurter Zeitung" in einer Meldung aus Stuttgart darin lediglich den Ausdruck einer gewissen Nervosität erblicken zu sollen und lehnte jede sachliche Erörterung eines solchen Planes mit der Versicherung ab, dass für die Demokraten eine solche Kombination selbstverständlich ganz undiskutierbar sei. Die letzten Tage haben aber gezeigt, dass bei den schwäbischen Nachfahren der Friedrich Payer und Conrad Haussmann nichts mehr undiskutierbar ist. Ihre leitenden Persönlichkeiten beraten unter dem Einfluss eines mehr auf das Geschäft als auf die Gesinnung Wert legenden Zeitungsverlegers seit Tagen allen Ernstes darüber, ob sie das Experiment einer "evangelischen" Regierung unter der Führung der Nationalsozialisten nicht doch versuchen sollen.

Die Entscheidung wird sehr bald fallen müssen, da der Landtag nach der Verfassung am 10. Mai zusammentritt. Für die Wahl des Staatspräsidenten gilt im zweiten Wahlgang die relative Mehrheit. Eine zweideutige Haltung der Demokraten könnte also bewirken, dass ein Hakenkreuzler mit relativer Mehrheit zum Staatspräsidenten gewählt wird, dann die Regierung nach seinem Ermessen zusammensetzt und selbst wenn diese durch einen Misstrauensantrag wieder gestürzt werden sollte, in Ermangelung der Möglichkeit für eine positive Mehrheit der Linken, das Land vier Jahre lang unter der Firma eines Geschäftsministeriums regiert. Es wäre zweifellos eine Verleugnung nicht nur aller Traditionen der württembergischen Demokratie, sondern auch ihrer Haltung im letzten Wahlkampf, wenn sie zur Herbeiführung eines solchen Ergebnisses auch nur indirekt beitragen würde.

SPD. Minden i.W., 3. Mai (Eig. Drahtb.)

Ein un glaubliches Urteil wurde am Dienstag von einem hiesigen Gericht in einem sogenannten Landfriedensbruchprozess gefällt, der seit drei Tagen vor dem Mindener Schöffengericht abrollte. Ausser einem Nazi-Revolverbeschützer wurden auch Sozialdemokraten abgeurteilt, die mit dem zur Verhandlung stehenden Vorfall direkt überhaupt nichts zu tun hatten.

Die Aburteilung galt einem Autoüberfall auf die Wohnung eines sozialdemokratischen Lehrers in Meissen. Im Anschluss an eine Schlägerei zwischen einem Nationalsozialisten und einer anderen Person wurde das Ueberfallauto der Mindener Nazis angerufen, das bald darauf erschien. Da aber niemand mehr am Tatort zu sehen war, wurden ohne Grund 6 bis 8 Schüsse in die Wohnung eines in der Nähe des Tatorts wohnenden Lehrers abgefeuert. In der Küche des Lehrers hatten sich unterdessen mehrere Naturfreunde eingefunden, die eine Sommer-sonnenwendfeier vorbereiten wollten. Als sich die Schlägerei abspielte befanden sie sich noch auf der Strasse. Sie waren an dem Vorfall selbst aber nicht beteiligt. Unter Anklage standen nun der Revolverbeschützer, ein mit Zuchthaus schwer vorbestrafter Mensch, und vier der Autoinsassen. Ausserdem war auch ein an der Schlägerei beteiligter Mann angeklagt, der aber keiner Partei angehört.

Das Unglaubliche geschah, als der Staatsanwalt plötzlich während der Verhandlung nicht nur die bei dem Lehrer versammelten acht Naturfreunde, sondern auch den Lehrer Meier wegen Zusammenrottung und schweren Landfriedensbruchs unter Anklage stellte. Die Zusammensetzung des Gerichts war von Anfang an eindeutig, sodass die Verurteilung auch der an dem Vorfall nicht beteiligten Angeklagten erfolgte. Einer der Schöffen stammte z.B. aus einem ländlichen Ort, in dem bei der Reichspräsidentenwahl nur Hitler-Stimmen abgegeben wurden.

Das Urteil lautete gegen den Revolverschützen auf 10 Monate Gefängnis. Der Lehrer Meier und der an der Schlägerei beteiligte, keiner Partei angehörende Angeklagte, erhielten je sechs Monate Gefängnis. Alle übrigen Angeklagten wurden wegen einfachen Landfriedensbruchs zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen das empörende Urteil wurde von Meier und den acht Naturfreunden sofort Berufung eingelegt.

SPD. In Mecklenburg-Strelitz regiert seit einigen Wochen eine "nationale Koalition". Eine nationalsozialistisch-deutschnationale Landtagsmehrheit beherrscht diesen kleinsten deutschen Einzelstaat. Was sind dort die grossen Taten der Volksbefreiung, von denen Hitler und seine Trabanten in den Volkssammlungen singen und gaukeln? In diesem Mecklenburg-Strelitz hätten die Nazis die gute Gelegenheit ihre Versprechungen wahr zu machen. Sie hätten mindestens die Macht, alles das besser zu gestalten, was sie an der bisherigen Regierungstätigkeit in Preussen, in Bayern, in Baden oder in Hamburg kritisiert und als Verbrechen in Grund und Boden verdammt haben.

Weit gefehlt! In der gesamten Nazipresse suchen wir vergebens ein Wort über Mecklenburg-Strelitz. Was wir immer gesagt haben von den Nazi-Lügnern, in diesem von ihnen regierten Lande bestätigen es uns die Volksbetrüger von Hitlers Gnaden schwarz auf weiss. Rund 16 Millionen Mark betrug der bisherige Etat des Landes. Der neue Etat der "nationalen Regierung" ist um rund 3,3 Millionen gekürzt worden. Und dies in der Zeit der schwersten Not und des grössten Elends der Kleinbauern und der Arbeitslosen. Während die Ausgaben aller Länd-der und Gemeinden infolge der sozialen Lasten und Anforderungen steigen, senken die Hitler- und Hugenbergleute dort, wo sie regieren, den Etat um 1/5. Mit anderen Worten: sie vermindern die sozialen Leistungen und vermehren damit die Not und den Hunger.

Gestrichen sind in Mecklenburg-Strelitz die Ausgaben für das Landestheater, das seine Pforten schliessen und alle Künstler, Angestellten und Arbeiter auf die Strasse setzen muss. Kultur im Dritten Reich! Gesenkt sind die Beamtengehälter, und trotz der verminderten Leistungen des Strelitzer Theater wird das Volk von der "nationalen Regierung" noch mit einer neuen Schlachtsteuer beglückt, die einen Grossteil der 880 000 Mark "neuen Staatseinkünften" bildet. Mithin: Erhöhung der Fleischpreise! Wenn sich das Preussen der Braun-Severing das erlaubt hätte, wir hätten die Goebbels und Kube hören mögen! 733 000 Mark werden in diesem Zwergstaat Mecklenburg-Strelitz die Beamten weniger an Gehalt beziehen und vergebens werden diese Staatsangestellten darauf warten, dass die "nationale Koalition" und die nationale Regierung von den Notverordnungen keinen Gebrauch machen. Im Gegenteil! Sie verschärfen sie und drücken aus eigenem das Lebensniveau noch tiefer herab als es ohnehin schon ist.

Immerhin, die nationale Regierung und die Abgesandten des Herrn Hitler in Mecklenburg-Strelitz lassen das beglückte Volk nicht völlig verdorren. Sie geben auch etwas und haben sich auch zu einer Tat aufgeschwungen. Nach dem 9. November 1918 setzte sich der Staat in den Besitz des von seinen Bewohnern verlassenen grossherzoglichen Schlosses. Errichtet war es von dem Staat und aus den Steuergroschen des Volkes. Statt der Jutta von Montenegro beherbergte dann das Riesengebäude verschiedene Verwaltungen und vor allem zog der Landtag dort ein. Seit dem Umsturz tagte im Schloss das Parlament. Damit soll es jetzt ein Ende haben. Die "nationale Koalition" hat ihre Regierung beauftragt, das Parlament aus dem Schloss zu entfernen, "damit nicht die historischen Räume daran erinnern, welcherlei Vorgängen das gegenwärtige System seinen Ursprung verdankt!"

Das ist die grosse Tat der "revolutionären, nationalen und sozialistischen Arbeiterpartei!" Gegen die Armen - für Jutta von Montenegro, für das

grossherzogliche Haus und seine Mätressen, denen Mecklenburg-Strelitz Millionen an Apanagen bezahlen muss. Vielleicht geben auch einmal die Juttasozialisten von Strelitz darüber Auskunft, weshalb sich während des Krieges der Grossherzog von Strelitz, ein Blutsverwandter des russischen Zaren und des englischen Königs, erschossen musste; warum, und weshalb er auch nicht in der Fürstengruft beigesetzt ist? Vielleicht gibt auch das, wie so viele andere Vorgänge an deutschen Fürstenhöfen, Auskunft über den Untergang der deutschen Monarchien, vor denen jetzt die Nazis in Ehrfurcht ersterben. Auf jeden Fall wird das "Dritte Reich" gute Zeiten für alle ehemaligen Prinzen, Fürsten und ihre Mätressen bringen. Die von den Hohenzollern und den ehemaligen Fürsten der "Nationalsozialistischen Arbeiterpartei" gespendeten Millionen werden gute Zinsen ergeben, wenn die Hitler und Goebbels an die Macht gelangen sollten. Diesen Beweis schon nach wenigen Wochen ihrer Tätigkeit erbracht zu haben, das verdanken wir wenigstens der "nationalen Regierung" Mecklenburg-Strelitz!

In der Agitation haben die Nazis während der letzten Wahlkämpfe landauf, landab immer wieder erklärt: Es muss alles anders werden! Mecklenburg-Strelitz zeigt, wie es anders wird, wenn Nazis regieren.

SPD. Braunschweig, 3. Mai (Eig. Drahtb.)

Die Verbotspraxis des Nazi-Ministers Klagges nimmt neuerdings geradezu groteske Formen an. Am Dienstag erhielten die republikanischen Wassersportvereine der Stadt Braunschweig, der Kanuverein "Delphin", die Wassersportabteilung des Reichsbanners und der Verein "Freier Wassersport" die Nachricht, dass ihr Anrudern aus der Oker für die Zukunft verboten sei, weil öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel in Braunschweig nicht mehr gestattet seien. Wenn das so weiter geht, werden bald auch die Fussballwettkämpfe als Versammlungen unter freiem Himmel verboten werden.

SPD. Das Wahlprüfungsgericht beim Reichstag erklärte am Dienstag die am 10. April 1932 vollzogene Reichspräsidentenwahl für gültig. Eine Anfechtungsbeschwerde der nationalsozialistischen Partei wurde mit der Begründung abgewiesen, dass selbst wenn sie in vollem Umfange berechtigt sei, der Vorsprung Hindenburgs vor dem nächsten Bewerber noch sechs Millionen Stimmen betrage und sich das Ergebnis selbst für den Fall, dass der Anfechtungsbeschwerde stattgegeben würde, nicht ändern werde.

Insgesamt lagen dem Wahlprüfungsgericht 64 Beschwerden vor. U.a. waren auch zwei Anhänger des Kandidaten Winter erschienen, um dem Gericht ihre Schmeizen vorzutragen. Sie behaupteten, dass ein Verfassungsbruch begangen worden sei, weil man Winter, der 1 1/4 Jahr wegen Betrugs abzusitzen hat, während des Wahlkampfes nicht aus dem Gefängnis entlassen habe. Wenn er vor dem Volk hätte sprechen können, wäre seiner Kandidatur ein ganz anderer Erfolg beschieden gewesen. Aus diesem Grunde müsse die Wahl für ungültig erklärt werden. Der Beauftragte der Reichsregierung stellte dazu fest, dass Winter nach einem beim Reichsinnenministerium eingegangenen Schreiben seine Aufstellung für den zweiten Wahlgang selbst nicht gewünscht habe.

Die Anfechtungsbeschwerde der Nazis begründete der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. Frank II. Er erklärte, dass die Präsidentenwahl aus mehreren Gründen angefochten werden müsse. Einmal seien öffentliche Mittel für die Hindenburgpropaganda verwendet worden. Mindestens müssten entsprechende Feststellungen des von den Nationalsozialisten im Reichstag beantragten Untersuchungsausschusses abgewartet werden, bevor die Präsidentenwahl für gültig erklärt werde. Ausserdem sei der Rundfunk einseitig in den Dienst des Kandidaten Hindenburg gestellt worden, während man Hitler den Rundfunk verweigert habe. Auch die Königsberger Rede des Reichskanzlers sei als Wahlbeeinflussung

anzusehen. Weiter seien die Notverordnungen einseitig gegen die Nationalsozialisten angewendet worden und schliesslich habe man bei Behörden Listen zur Eintragung für die Hindenburg-Ausschüsse ausgelegt. Der nationalsozialistische Rechtsanwalt Freisler ergänzte diese Beschwerden durch die Behauptung, dass die Regierungen der grösseren Länder die Kandidatur Hitler planmässig erschwert hätten. Es seien Flugblätter und Zeitungen der Nazis verboten und Versammlungen untersagt worden. Das alles habe das Wahlergebnis zuungunsten Hitlers beeinflusst. Sowohl Frank als auch Freisler beriefen sich immer wieder auf die Verfassung, die die Freiheit der Meinungsäusserung gewährleiste.

Abgeordneter Stelling (Soz) begründete nach den Deklamationen der Nazi-Vertreter eine sozialdemokratische "Wahlbeschwerde gegen den Terror der Nationalsozialisten bei der Wahl des Reichspräsidenten". Sie lautet:

"Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erhebt Beschwerde gegen den Terror, der von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei bei der Wahl des Reichspräsidenten ausgeübt worden ist. Dieser Terror hat sich in allen denkbaren Formen geäussert: Arbeiter wurden mit Entlassung Geschäftsleute mit Erpressung, Zeitungen mit Boykott, Versammlungsbesucher mit Gewalttaten, Redner mit Mord und Totschlag bedroht. Besonders ging dieser Terror aus von den inzwischen aufgelösten SA- und SS-Abteilungen und deren Heimen, von denen aus planmässig Ueberfälle organisiert worden sind. Durch diese systematischen Bedrohungen ist eine allgemeine Beeinträchtigung der Wahlfreiheit erfolgt. Die Begründung im Einzelnen wird mündlich geschehen."

In der Begründung der sozialdemokratischen Beschwerde wies Stelling darauf hin, dass bei der Präsidentenwahl die Wahlfreiheit nicht ausreichend geschützt worden sei, aber nicht in der von den beiden nationalsozialistischen Vertretern geschilderten Weise, sondern durch den von der nationalsozialistischen Partei ausgeübten Terror. Von dieser Partei sei der Wahlkampf so geführt worden, wie es sich hoffentlich in Deutschland nicht mehr wiederholen werde. Man habe Gerüchte über eine schwere Erkrankung Hindenburgs verbreitet und durch erlogene Erzählungen ähnlicher Art Verwirrung in der Bevölkerung angerichtet. Auch im Wahlkampf dürften keine Mittel angewendet werden, die führende Staatsmänner in der öffentlichen Achtung herabsetzen, ja selbst Deutschlands Ansehen im Ausland schädigten. Das aber hätten die Nationalsozialisten getan. Sie hätten die Behauptung verbreitet, der preussische Minister Severing habe Material gegen die SA zuerst an Frankreich geliefert. Ferner seien in nationalsozialistischen Plakaten, Flugblättern und Zeitungen unzählige verleumderische Angriffe auf Mitglieder der Reichs- und der preussischen Regierung erfolgt. Die Abgeordneten Strasser und Frick hätten von "Köpferollen" und vom "Hängen" geredet, es sei die "Nacht der langen Messer" angekündigt worden, man habe die "Marxisten" hängen und Breitscheid und Genossen "zu Dreck schlagen" wollen. Dadurch sei im Lande eine Stimmung erzeugt worden, die geradezu zum Terror gedrängt habe.

Aus der Fülle des vorliegenden Material führte der sozialdemokratische Vertreter eine Anzahl Beispiele an: In Altona sind die SA-Stürme am 3. April aus der Umgebung zusammengezogen worden, um eine Kundgebung der Eisernen Front zu stören. Mit fünffacher Uebermacht sind die Hakenkreuzler über einzelne Arbeitertrupps hergefallen, viele Arbeiter wurden schwer verletzt. Dort und in anderen Städten haben die SA ganze Strassenviertel abgeriegelt, die Arbeiter nach Waffen untersucht und sie misshandelt. In Burg wurden 25 Radfahrer der Eisernen Front von über 100 Nationalsozialisten überfallen und mit Eisenstücken verletzt. In Wernigerode haben die SA das Gewerkschaftshaus auszuheben versucht, dabei hat man bei ihnen Waffen in grosser Zahl gefunden. In Stendal haben die SA Stellungen im Strassengraben bezogen. Ähnliches ist in Kellinghusen, Stassfurt, Osterwiek und vielen anderen Orten festgestellt worden.

Die Wirkung dieser Feststellungen des sozialdemokratischen Vertreters war

derart, dass Nazi-Frank erregt aufsprang und den Vorsitzenden aufforderte, dafür zu sorgen, dass weitere Ausführungen ähnlicher Art unterbunden werden. Der Vorsitzende erwiderte auf diese psychopathischen Ausführungen, dass er Frank das Wort nicht erteilt habe. Trotzdem redete der Nazi weiter. Als er dann darüber belehrt wurde, wie man sich vor Gericht zu benehmen hat, setzte er sich wieder auf seine vier Buchstaben.

Abg. Stelling führt dann noch weitere Fälle blutigen Terrors aus dem Erzgebirge, aus Chemnitz und anderen Orten an, die übereinstimmend beweisen, wie die Wahlfreiheit von den Nationalsozialisten unterbunden worden ist. In zahlreichen Orten sind Wahlversammlungen der Eisernen Front durch die Nationalsozialisten verhindert worden. Gegen Zeitungen und Geschäftsleute ist Boykott schlimmster Art ausgeübt worden. Gutsbesitzer haben ihren Arbeitern mit Entlassung gedroht, wenn sie in Hindenburgversammlungen gehen oder Hindenburg wählen würden. Durch diesen von den Nationalsozialisten verübten Terror ist unter der Bevölkerung eine Psychose entstanden, die ihre Wahlfreiheit aufs Äusserste eingeschränkt hat. Am schlimmsten war es damit auf dem Lande, wo ein unerhörter Druck ausgeübt worden ist. Aus alledem müsse das Gericht, so erklärte der sozialdemokratische Redner zum Schluss, zu dem Ergebnis kommen, dass die Wahlfreiheit gerade durch den Terror der Nationalsozialisten aufs stärkste eingeengt und eingeschränkt worden ist.

Ministerialrat Dr. Kaisenberg verlas zu der Beschwerde der Nationalsozialisten eine frühere Erklärung der Reichsregierung, wonach Wahlreden im Rundfunk nicht zuzulassen seien. Etwas anderes sei es, wenn der Reichspräsident einen Rechenschaftsbericht über seine Tätigkeit gebe oder wenn der Reichskanzler als verantwortlicher Staatsmann seine Auffassung dem deutschen Volke zur Kenntnis bringe. Das Wahlprüfungsgericht habe lediglich festzustellen, ob ein Kausalzusammenhang zwischen dieser Massnahme und dem Wahlergebnis erkennbar sei, und ob der einzelne Stimmberechtigte in seiner Stimmfreiheit beeinträchtigt worden wäre. Anklagen gegen die Regierungen seien nicht vor dem Wahlprüfungsgericht, sondern vor den Parlamenten vorzubringen. Die Handhabung der Notverordnungen könne nur im Verwaltungsstreitverfahren oder vor dem Reichsgericht nachgeprüft werden. Es müsse aber betont werden, dass ein erhöhtes Eingreifen der Polizei geboten war, um bei der starken Erregung der politischen Leidenschaften im deutschen Volke einen geordneten Wahlkampf zu ermöglichen. Die Sicherung der Wahl verstosse nicht gegen den Grundsatz der Wahlfreiheit. Es sei kein hinreichender Grund vorhanden, irgendwelche Beanstandungen an der Präsidentenwahl vorzubringen.

Das Wahlprüfungsgericht verkündete schliesslich als Beschluss des Gerichts, dass die Beschwerde wegen der Kandidatur Winter unbegründet sei, da für ihn kein gesetzlicher Anspruch bestanden habe, zum Zwecke der Wahlpropaganda aus dem Gefängnis entlassen zu werden. Die Beschwerde der sozialdemokratischen Partei enthalte eine Anzahl von Terrorakten, durch die die Wahlfreiheit beeinträchtigt worden sei. Das Gericht müsse es dahingestellt sein lassen, ob dies der Fall war. Die Beschwerde habe aber die Wahl selbst nicht anfechten wollen. Die Beschwerde der nationalsozialistischen Partei sei in Uebereinstimmung mit dem Urteil des Wahlprüfungsgerichts vom 8. Mai 1925 nach der ersten Wahl des Generalfeldmarschalls von Hindenburg zum Reichspräsidenten abzuweisen.

SPD. Düsseldorf, 3. Mai (Eig. Drahtb.)

Das erweiterte Schöffengericht Düsseldorf verurteilte am Dienstag den 28jährigen Gerichtsreferendar und Stahlhelm-Jungführer Dr. Gisevius wegen Beleidigung des Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski zu 50 Mark Geldstrafe.

Gisevius hatte am 16. April 1931 in einer Versammlung in Langenberg im Rheinland ausgeführt, Grzesinski habe eine Bonzenlaufbahn hinter sich und.

habe in Prag zu einer Zeit, als seine Ehe noch nicht geschieden gewesen sei, seine Mätresse, die Tänzerin Torrenz, als seine Ehefrau ins Fremdenbuch eingetragen. Polizeipräsident Grzesinski, als Zeuge und Nebenkläger in Berlin kommissarisch vernommen, sagte zu den Behauptungen des Stahlhelm-Jungführers aus, er habe Fräulein Torrenz, mit der er heute verheiratet sei, vor seiner Ehe niemals als seine Frau ausgegeben oder sie als seine Frau ins Fremdenbuch eingetragen.

Trotzdem erhielt der Verleumder nur 50 Mark Geldstrafe!

SPD. Die Beratung des Rechnungsprüfungsberichts, die am Dienstag im Haushaltsausschuss des Reichstags fortgesetzt wurde, gewährt immer tiefere Einblicke in die bureaukratische Korruption und in das weit verbreitete Schmarotzertum, das am Mark der Steuerzahler zehrt.

Das Reichsernährungsministerium hat, wie Berichterstatter Heinig (S) in einer Uebersicht nachweist, im Rechnungsjahr 1930 aus seinen zahlreichen Fonds nicht weniger als 95,6 Millionen Mark verteilen können. Davon sind 9 Millionen pauschal den Ländern zugeflossen, ohne dass dem Reichstag eine Verwendungskontrolle ermöglicht ist. Weiter 82,1 Millionen wurden vom Ministerium direkt ausgegeben für Produktionssubventionen, Absatzsubventionen, Marktstützung, Valorisierung, Zinsverbilligung und Verlustdeckung. Geht man den Bewilligungen im Einzelnen nach, so stösst man auf zahlreiche Ausgaben, die zu beanstanden sind. Empfänger sind in vielen Ländern, wie der Berichterstatter ausführte, jene Kreise, die ihrem Hass gegen die "korrupte Republik" ungezügelter Ausdruck geben. Aus den Treuhandberichten über eine Anzahl vom Reich finanzierten Gesellschaften bekommt man höchst unerfreuliche Eindrücke. Da sind die Ostpreussischen Fleischwerke A.G., die Deutsche Gartenbau A.G., die Berliner Blumentopf A.G. usw., die erhebliche Steuergelder verschlingen, ohne wirtschaftlichen Nutzen zu bringen. In einem Falle wurden mehrere Millionen zum Bau von Anlagen ausgegeben, die sich nach ihrer Fertigstellung als zwecklos erwiesen. Das Ernährungsministerium stellte ferner Mittel zur Verfügung, damit der Verband der Schafzüchter der Provinz Brandenburg seine Böcke billig zu einer Elitebockschau transportieren, damit der Reichsverband landwirtschaftlicher Frauenvereine Damen auf einen internationalen Kongress schicken, damit eine Mädchenschule eine Beihilfe bekommen, damit der Reichsverband deutscher Sauerkrautfabrikanten Kochrezepte für Sauerkraut verbreiten konnte. Ohne viel Phantasie könnte man sich noch Tausende von ähnlich wichtigen Zwecken vorstellen, für die in Konsequenz dieser Beitragsgewährung die Steuerzahler als Vorspann missbraucht werden könnten. Die Beteiligung des Reichs an den Aufgaben der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft beliefen sich auf 409 000 Mark. Wie gross die von der Gesellschaft selbst aufgebrauchten Mittel sind, konnte nicht festgestellt werden.

Immer wieder begegnet man bei den unterstützten Institutionen einer sehr grosszügigen Personalpolitik. Auch die reinen Reichsstellen, wie z.B. die Reichsmaisstelle, zahlen Gehälter, bei denen man von der Not der Zeit nichts merkt. Mit 36 000 Mark Jahresgehalt lässt es sich leicht vom Leder ziehen gegen das "verruchte System". Bei der Förderung der Milchwirtschaft stiess man auf Vorschussbewilligungen, die ein Anstauen der Gelder bei den Verbänden, Genossenschaften, Spezialbanken zur Folge hatten, sodass sie erst nach einer längeren Frist dem Verwendungszweck zugeführt werden konnten. Dem Grosseinkauf brandenburgischer Bäcker-genossenschaften G.m.b.H. wurden ohne Verpflichtung insgesamt 850 000 Mark zugeführt, weil er in der Inflationszeit Verluste gehabt habe. Die letzten 120 000 Mark dieser Zuwendung wurden aus dem Titel "Landwirtschaftliche Betriebsumstellung und Absatzförderung" gegeben mit der Begründung, dass die Propaganda für den stärkeren Verbrauch von Roggenbrot auch von den Bäckereigenossenschaften betrieben werden müsse.

Schade, dass der umfangreiche Bericht des Rechnungsunterausschusses nicht als Wahlbroschüre in ganz Deutschland verbreitet werden kann. Wenn noch hinzugefügt würde, dass die deutschnationalen Kämpfer gegen die Korruption all die zahllosen Fälle einer verschwenderischen Fondswirtschaft mit Schweigen tolerierten und dass die Nazi sich pflichtwidrig der Mitarbeit überhaupt entzogen, so würden doch wohl manchem ihrer Anhänger die Augen aufgehen. Bei der nächsten Etatsberatung werden die Lehren aus diesen Feststellungen zu ziehen sein. Die nächste Rechnungsprüfung wird aber auch der Frage der Preisbildung für die Beschaffungen der Reichswehr und Marine, die seither noch nicht genügend erforscht werden konnte, erhöhte Aufmerksamkeit schenken. Auch dabei wird man wahrscheinlich auf die Mitwirkung der "korrupsionsfeindlichen" Systembekämpfer verzichten müssen.

SPD. Hannover, 3. Mai (Eig. Drahtb.)

Das Landgericht Lüneburg (grosse Strafkammer) hat das gegen den Geschäftsführer des Kleinbauernbundes Gellert wegen Totschlages eingeleitete Verfahren eingestellt. Gellert hat am 22. Februar in Schwinde den nationalsozialistischen Hofbesitzer Biegersen in der Notwehr erschossen. Der Tatbestand der Notwehr ist durch die Einstellung des Verfahrens einwandfrei erwiesen. Damit ist zugleich die Hetze der Nazis gegen Gellert gerichtet!

SPD. Weimar, 3. Mai (Eig. Drahtb.)

Das Schwurgericht Weimar sprach am Dienstag den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Paul Seele und den Gaugeschäftsführer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Gau Thüringen, Dr. Dietzel, von der Anklage der Verletzung ihrer Eidespflicht frei. Der Staatsanwalt hatte trotz widersprechender Zeugenaussagen 1 Jahr bzw. 1½ Jahre Gefängnis und zwei Jahre Ehrverlust beantragt.

Am 20. Mai 1930 hatte der Nazistudent Knaut-Jena die Farben der Republik durch einen unflätigen Zuruf beschimpft. Knaut kam auf einem Rade einem Personenauto des Reichsbanners entgegen, in dem u. a. Seele und Dietzel sassen. Der Kraftwagen nahm sofort die Verfolgung des Radfahrers auf. Als der Wagen den Radfahrer eingeholt hatte, war bereits eine Prügelei entstanden. Knaut wurde später wegen Beleidigung der Republik gerichtlich zur Verantwortung gezogen. Er behauptete, von Seele und Dietzel geschlagen worden zu sein, was beide vor dem Untersuchungsrichter unter Eid bestritten. Die Anklage in dem jetzt zum Abschluss gebrachten Prozess nahm an, dass beide Aussagen falsch seien.

SPD. London, 3. Mai (Eig. Drahtb.)

Die Regierung beabsichtigt nach den ergebnislosen Lohn- und Arbeitszeitverhandlungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der englischen Kohlenindustrie nunmehr von sich aus ein Gesetz einzubringen, das den gegenwärtigen 7½ Stunden tag auf unbegrenzte Zeit verlängert, sofern nicht der 7 1/4 Stundentag international ratifiziert werden sollte. Die gegenwärtigen Löhne sollen auf ein Jahr fixiert werden. Die Absicht der Regierung entspricht vollinhaltlich einem Angebot der Arbeitgeber an die Gewerkschaften, das von den Arbeitnehmerorganisationen abgelehnt wird.

Die Arbeitgeber in der Baumwollindustrie von Lancashire kündigten die Tarifverträge. Von der Kündigung werden etwa 200 000 Arbeiter betroffen.

SPD. Köln, 3.Mai (Eig.Drahtb.)

In dem Kölner Vorort Zollstock gaben Nationalsozialisten auf Strassenpassanten vier Schüsse ab. Kurz darauf entstand zwischen Nazis und Kommunisten eine regelrechte Strassenschlacht. Elf Personen, teils Kommunisten, teils Nationalsozialisten wurden vorübergehend festgenommen. Die Schiesshelden, zwei Nazis, wurden dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

SPD. Weimar, 3.Mai (Eig.Drahtb.)

Der Untersuchungsausschuss des Thüringischen Landtags, der sich mit den Massnahmen der thüringischen Verwaltung insbesondere während der Amtszeit des ehemaligen thüringischen Innenministers Dr. Frick zu befassen hat, nahm am Dienstag Stellung zu den Schlussanträgen, die die sozialdemokratische Fraktion gestellt hat.

Die Sozialdemokratie hatte zu dem Versuch Dr. Fricks, Hitler durch Anstellung als Gendarmeriekommissar in Hildburghausen die deutsche Staatsangehörigkeit zu verschaffen, beantragt, gegen Dr. Frick Strafantrag wegen Urkundenvernichtung und wegen Verletzung der Eidspflicht zu erstatten, ferner, ihn wegen schuldhafter Verletzung der Verfassung und der Gesetze vor dem Staatsgerichtshof anzuklagen. Die Regierungsparteien brachten dazu einen Antrag ein, in dem gesagt wird, dass Dr. Fricks Handlungen bei der Einstellung Hitlers als Gendarmeriekommissar zwar nicht gesetzeswidrig gewesen seien, aber die Art der Ausführung der Ernennung nicht als "lauter" bezeichnet werden könne. Der sozialdemokratische Antrag wurde mit Stimmengleichheit abgelehnt, der Antrag der Regierungsparteien angenommen.

Der Antrag der Sozialdemokratie zu dem Punkt "Durchsetzung der Polizei mit Nationalsozialisten" besagt, dass das Verfahren Dr. Fricks nicht dem Gebot der Lauterkeit der Verwaltung entspreche, weil es die nötige Unparteilichkeit habe vermissen lassen. Der Gegenantrag der Regierungsparteien besagt: "Der Ausschuss missbilligt, dass der frühere Staatsminister Dr. Frick die Einstellungslisten über die Einstellung der Polizeianwärter in die thüringisch Landespolizei der Parteileitung der Nationalsozialisten vorgelegt hat." Der sozialdemokratische Antrag wurde abgelehnt, der Antrag der Regierungsparteien angenommen.

Die Sozialdemokratie habe zu den Vorgängen in Gotha bei der Festnahme von Nationalsozialisten in der Nacht zum 14. November 1931 beantragt, gegen die Verantwortlichen, Polizeidirektor Herforth und Polizeimajor von Brandt, ein Dienststrafverfahren einzuleiten. Die Regierungsparteien beantragten, in diesem Falle die Gesetzlichkeit und Lauterkeit der Verwaltungsmassnahmen der Polizeidirektion in Gotha und ihrer Organe nicht zu bezweifeln. Beide Anträge wurden mit Stimmengleichheit abgelehnt.

Das letzte Wort wird jedoch in sämtlichen Fällen das Landtagsplenum sprechen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören)

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Fridericus wahrer Erbe.

SPD. Haus Doorn setzt auf Hitler. Es hat ihm sowohl Geld als auch den Namen des Exkronprinzen zur Verfügung gestellt. Was das Geld anbetrifft, so werden die Beziehungen zwischen dem Hause Doorn und Hitler allmählich klarer. Das Haus Doorn unterhält bei einer Berliner Grossbank ein Konto, das auf den Namen eines früheren hohen Militärs, eines Vertrauensmannes des Hauses Doorn geführt wird. Aus diesem Konto sind vor den letzten Wahlen sehr erhebliche Beträge an industrielle Firmen ausbezahlt worden. Es ist bekannt, dass von diesen Firmen die Weiterverteilung der Gelder an nationalsozialistische Stellen durchgeführt worden ist.

Seit dem Bekenntnis des Exkronprinzen zu Hitler erlebt man in der nationalsozialistischen Presse nun auch den Kronprinzenbyzantinismus. In einem nationalsozialistischen Hetzblatt, das immer als Vorreiter für die Nationalsozialisten gedient hat, wird sein 50. Geburtstag gefeiert. Neben einer Totenmaske von Friedrich II. wird sein Profilbild veröffentlicht, um zu zeigen, dass er der wahre Erbe Friedrich II. sei. Worin besteht ausser der Nase die Ähnlichkeit?

Man hat Friedrich II., übrigens sehr mit Unrecht, religiöse Toleranz nachgesagt. Sollte die Ähnlichkeit darin bestehen, dass der Exkronprinz mit besonderer Vorliebe mit jüdischen Damen flirtet?

Friedrich II. trug während des siebenjährigen Krieges Gift bei sich, weil er die Katastrophe nicht überleben wollte. Der Exkronprinz ging nach der Katastrophe nach Wieringen. Seine nationalistischen Speichellecker vergiessen Tränen der Rührung über den einsamen Mann von Wieringen. Der Exkronprinz hat in Wieringen allerdings auch von Gift geschwärmt - aber nur von blondem Gift!

Oder sollte die Ähnlichkeit im Geistigen gesucht werden? Friedrich II. hatte einige geistige Interessen. Vom Exkronprinzen sagte unmittelbar vor der Revolution ein sehr hoher Militär, der heute einen der höchsten Posten des Reichs bekleidet, in einer Kabinettsitzung: "Aber dieser Kronprinz, meine Herren! Er hat nichts gelernt, er lernt nichts zu, er ist und bleibt ein Patzke!" Das ist das monarchistische Idol, das hinfort die Arbeiter anbeten sollen, die den Hakenkreuzlern nachgelaufen sind. Es muss ein erhebendes Gefühl für ehemalige Rotfrontkämpfer sein, wenn sie künftig vor diesem wahren Erben von Fridericus stramm stehen können!

Der missverstandene Schiller.

Es hat sich eine nationalsozialistische Schauspielertruppe aufgetan, die im Lande umherreist, um mit Begleitung von Militärmusik "Wallensteins Lager" von Schiller aufzuführen. Es wird sicher eine lebenswahre Aufführung sein, denn das Landsknechtsleben verstehen die Nationalsozialisten ganz ausgezeichnet. Wallensteins Lager - das ist ihr Ideal. Sie wollen ewige Soldaten und ewige Landsknechte sein!

Sie haben aber Schiller gründlich missverstanden. Sie spielen nicht die Trilogie, sondern nur die Ouvertüre dazu. Sie sehen sie nicht im Geiste Schillers, sondern nur nach ihren eigenen beschränkten Landsknechtsbegriffen. Sein Lager nur erklärt sein Verbrechen - das ist der Sinn von "Wallensteins Lager". Wie Schuld und Sühne in der Trilogie zueinander gehören, das können sie nicht begreifen. Sie begreifen nur das, was der Dichter als Grundlage des Verbrechens angesehen hat und sie bejahen es!

Ein Lebenslauf.

In den bayerischen Landtag ist ein Nationalsozialist Dauser neu gewählt worden, der sich nun lebhaft bemüht, in etwaigen Koalitionsverhandlungen mit der Bayerischen Volkspartei eine Rolle zu spielen. Dieser Dauser hat einen Lebenslauf hinter sich, der für einen Würdenträger der Hitlerpartei charakteristisch ist.

Dauser war zunächst Herrschaftsbediensteter. Danach gründete er eine Organisation der Herrschaftsbediensteten, die dank seiner Unfähigkeit sehr rasch zugrunde ging.

Danach übernahm er die Gauleitung des Motor- und Radfahr-Verbandes "Concordia" in München. Infolge seiner Misswirtschaft konnte er sich auch dort nicht behaupten.

Nach dem Kriege wurde er Sekretär des Bayerischen Kriegerbundes und spielte sich als Frontkämpfer und Anwalt der Kriegsbeschädigten auf. Als man gelegentlich seine Tätigkeit an der Front nachprüfte, stellte sich heraus, dass er den Weltkrieg ähnlich wie sein Kollege Frick mitgemacht hatte. Frick stand in Pirmasens, wo ihn sein König hingestellt hatte, und Dauser kämpfte an der inneren Front. Seine Kriegstätigkeit bestand nämlich ausschliesslich in der Propaganda zur Zeichnung von Kriegsanleihen in der Heimat. Nach dieser Feststellung war er im Bayerischen Kriegerbund unmöglich.

Danach entdeckte er seine wahrhaft nationale und soldatische Gesinnung und wurde Nationalsozialist. Seine Spezialität ist es, sich in der Agitation als Arbeiter vorzustellen. Dieser Lebenslauf erklärt alles. Es gibt nicht nur einen Dauser in der Nationalsozialistischen Partei!

Ein nationaler Poet.

Der Haus-, Hof- und Garten-Dichter des Stahlhelm hat ein Gedichtbuch verfasst, das die Bundeszeitung des Stahlhelm in den höchsten Tönen anpreist. Hören wir einige Ergüsse aus diesem Band :

Der Herrlichste der Frontsoldaten
War je und je Artur Mahraun.
Er kämpfte gegen Plutokraten
Voll Moselwein und Gottvertraun.

Ein anderer Erguss besingt den Reichskanzler Brüning :

Man dachte, der hat Haare auf den Zähnen
Der Brüning tritt den Sozis vor den Bauch
Dabei hat er bloss welche an den Beenen
Wie andere auch!

Ob Brüning Haare an den Beinen hat oder nicht - Welch ein Vorwurf für einen wahrhaft nationalen Poeten, welche Gelegenheit, die wahre nationale Gesinnung in dichterischer Sprache zu entwickeln! Wir beglückwünschen den Stahlhelm zu seinem Haus-, Hof- und Garten-Dichter!

Offiziersehre.

Im "Völkischen Beobachter" bietet sich ein Stahlhelmann den Nazis folgendermassen an: "Politischer Redakteur, zurzeit noch Stahlhelmer (Gaupressewart und Werbeleiter), aber längst Hitler-Anhänger, Akademiker, Offizier, erste altbewährte journalistische Kraft, sucht Stellung bei nationalsozialistischer Zeitung bei Hälfte des bisherigen Gehalts."

Wenn dieser Hitler-Anhänger keine Offerte von der Nazipresse erhält, wird er nach wie vor seine altbewährte Kraft im Dienste des Stahlhelms gegen die Hitler-Bewegung verwerten. Die Ehrbegriffe solcher früherer Offiziere sind höchst geheimnisvoll.

Aus aller Welt

Mont Pelée...

Die grösste Giftgaskatastrophe der Welt - Der Vulkanausbruch auf Martinique
am 8. Mai 1902.

SPD. Die fürchterlichste Eruption des vorigen Jahrhundert war der Ausbruch des Krakatau. Dieser Vulkankatastrophe fielen mehr als 30 000 Menschen zum Opfer; zwei Drittel der nach dem Berg benannten Insel verschwand spurlos im Ozean. Der jetzt genau 30 Jahre zurückliegende Ausbruch des Mont Pelée übertrifft diese entsetzliche Katastrophe durch die Schnelligkeit, mit der hier das grausame Werk der Vernichtung ablief.

In 10 Minuten wurde die Stadt Saint Pierre, die Hauptstadt der französischen Kolonie Martinique (Kleine Antillen) zerstört; bis auf zwei kamen 30 000 Bewohner ums Leben. Die zwei verdanken ihre Rettung einem glücklichen Zufall. Ausserdem ist der Ausbruch des Mont Pelée in der Geschichte vulkanischer Katastrophen insofern eine Besonderheit, als nicht Lavamassen die blühende Stadt Saint Pierre vernichteten, sondern giftige Gase von hoher Temperatur, die überraschend aus dem Erdinnern brachen. Die glühende Hitze setzte die Häuser in Flammen; die 30 000 Einwohner der Stadt erstickten oder verbrannten.

Der Mont Pelée, ein etwa 1300 Meter hoher Vulkan, liegt mehrere Kilometer von St. Pierre entfernt, einer reichen, schönen und blühenden Stadt. Seit seinem Ausbruch im Jahre 1851 hatte der Mont Pelée keine Spuren vulkanischer Tätigkeit mehr gezeigt. Die Wissenschaft hielt ihn infolgedessen für erloschen. In der Oeffnung seines Kraters hatte sich ein See gebildet, der den Bewohnern der Stadt als beliebter Ausflugsort diente. Die Abhänge des Berges waren von ausgedehnten, fruchtbaren Plantagen, von Kokoswäldern und Bananenhainen bedeckt.

Plötzlich, Ende April des Jahres 1902, begann der Berg zu neuem Leben zu erwachen. Kochende Dämpfe und Rauchsäulen drangen aus seiner Krateröffnung, während ein heftiges Donnern die Luft erfüllte. Die Erscheinungen hielten an, aber die Bewohner von St. Pierre, an leichte Eruptionen der kleineren Vulkane Martinique's gewöhnt, massen ihnen keine ernstliche Bedeutung zu. In den Vormittagsstunden des 5. Mai erfolgte dann ein überraschender Ausbruch des Mont Pelée. Unter lauten Donnerschlägen brachen kochende Schlammassen über den Kratertrand. Nach ihnen ergoss sich ein Lavaström, fast einen Kilometer breit, mit unvorstellbarer Geschwindigkeit den Berg hinunter ins Meer. Auf seinem Wege traf er am Fusse des Berges auf eine Zuckerfabrik, die mit allen ihren Arbeitern ein Opfer des glühenden Stromes wurde. Das Donnern, das den Ausbruch begleitete wurde noch im Umkreise von 500 Kilometern wahrgenommen.

Sofort wurde eine wissenschaftliche Kommission gebildet, die den Berg untersuchte und zu dem Ergebnis kam, dass der Mont Pelée für Saint Pierre ebenso wenig eine Gefahr darstelle, wie der Vesuv für die Stadt Neapel. Die Zeitungen veröffentlichten in grossen Lettern das Gutachten der Kommission. Es kam der 8. Mai, der Himmelfahrtstag des Jahres 1902. Schon früh waren die Strassen mit Menschen gefüllt; die Sonne strahlte und übergoss die Stadt mit einem festlichen Glanz. Plötzlich, wenige Minuten vor 8 Uhr, vorfinsterte sich unter fürchterbarem Donnern der Himmel, eine riesige Gaswolke brach aus dem Krater und bewegte sich auf St. Pierre zu, während die Stadt gleichzeitig von flüssiger Lava überhäuft wurde. In rasender Eile überflutete die von Blitzen durchzuckte Gaswolke die Stadt, erstickte und verbrannte wie mit einer ungeheueren Stichflamme alles Lebendige, steckte Häuser und Magazine in Flammen und verwandelte

ganz St. Pierre in einen rauchenden Trümmerhaufen. In wenigen Minuten war alles zu Ende; von den 30 000 Bewohnern der Stadt lebten nur noch zwei! Der eine der beiden Ueberlebenden, der seine Rettung dem Umstande verdankte, dass er sich zufällig in einem geschützten Kellerraum befand, erzählte: "Man hörte plötzlich das Brausen eines Orkanes, die Erde zitterte, die Luft wurde so heiss, dass sie mich durch die Kleider hin durch am ganzen Körper verbrannte. Minutenlang hörte man draussen von der Strasse die fürchterlichsten Todesschreie, dann verstummten sie und die Häuser begannen zu brennen." Mit der letzten Kraft schleppte der Todeszeuge sich aus der Stadt, halb erstickt von dem Ascheregen, der unaufhörlich vom Himmel niederfiel. Die Strassen waren mit Leichen übersät.

Furchtbar waren die Verheerungen, die die mit orkanartiger Geschwindigkeit dahinrasende Gaswolke im Hafen anrichtete. Dort lagen neben den Küstenfahrern 4 amerikanische Schnellsegler und eine Anzahl grosser Ozeandampfer. Der Erste Offizier der "Romaira", der mit einem Teil der Besatzung dem Unheil entrannte, erzählte: "Im Augenblick schlug eine mächtige Sturmflut über dem Schiffe zusammen und riss Boote, Schornsteine und Takelungen über Bord. Die See bildete einen grossen Siedekessel, Wasser und Schlamm fiel vom Himmel und alles war in tiefste Nacht gehüllt. Als wir endlich wieder sehen konnten, bildeten die Stadt, die Reede und die Schiffe um uns ein einziges Flammenmeer, und während wir mit volldampf auf das Meer hinaussteuerten, beobachteten wir, wie sich Hunderte, halb wahnsinnig vor Angst und Schrecken, in das Meer stürzten."

Tagelang standen die Flammen über St. Pierre, das mit den 30 000 Leichen seiner Bewohner einem grossen, brennenden Sarge glich. Die noch am selben Abend zur Hilfeleistung entsandten Schiffe konnten sich der Küste nicht nähern, denn der Strand bildete eine einzige Flammenmauer. Man schoss Raketen ab, gab Signale, aber man erhielt keine Antwort - St. Pierre war nicht mehr! Im weiten Umkreise glich das Land einer verlassenen Wüste, bedeckt mit Gersteinstrümmern und einer zentimeterhohen Ascheschicht. Der Himmel war rot vom Widerschein der Flammen und der Mont Pelée spie noch immer Feuer und Asche aus seinem Innern. - - -

+ + +
Anton Wildgans +. 51 Jahre alt verstarb in Mödling bei Wien der Dichter und ehemalige Direktor des Wiener Burgtheaters Anton Wildgans; vermutlich ist der Tod durch Herzschlag eingetreten. Wildgans, viel gelesener Lyriker und oft aufgeführter und dreifach preisgekrönter Dramatiker, war der Vertreter eines milden, etwas sentimental-Expressionismus; nicht der harte Klang der übertechnisierten, problemgequälten Zeit lebte in ihm, wohl aber ein gut Stück Alt-Oesterreich, das ihn als einen seiner repräsentativsten Schriftsteller betrachtete und ehrte. Des Verstorbenen "Rede über Oesterreich" ist mindestens ebenso typisch für sein Wesen, wie der Zyklus von Liebesgedichten "Sonnnetten an Fad" oder sein liberal-soziales Drama "Armut". Manches wird ihn überleben.

+ + +
244 Angeklagte! Vom Gericht in Girgenti (Sizilien) wurden 244 Mitglieder einer Mafia zu insgesamt 1200 Jahren Zuchthaus (bei Strafen von 3 bis zu 13 Jahren) verurteilt. Während der jahrelangen Voruntersuchung sind 8 Angeklagte gestorben.

+ + +
Der Devisenkampf. Mehrere Berliner Privatbankiers werden gesetzwidriger Devisengeschäfte verdächtigt. Beamte der Zollverwaltung und von der Staatsanwaltschaft gestellte Büchlersachverständige sind zurzeit noch mit der Nachprüfung beschäftigt. Den Bankiers, gegen die sich die Untersuchung richtet, wurden vorläufig die Auslandspässe entzogen, um jede Flucht unmöglich zu machen.

+ + +

Falschgeld in Kotzen. In einer Schnitterkaserne in dem Dorf Kotzen bei Mathenow nahm die Polizei eine Durchsuchung vor. Im Gepäck des polnischen Arbeiters Johann Banach wurden Druchapparate für Zehnmarkscheine und Falschgeld gefunden. Banach wurde festgenommen.

+ + +
Doppelmord. In einem Hause in Berlin-Moabit wurden der Hausbesitzer Baars und seine Frau erschlagen bzw. erstochen aufgefunden. Der Täter hat Mietgelder in noch nicht feststehender Höhe geraubt.

+ + +
Vor dem Devaheimprozess. Am 18. Mai beginnt vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I Berlin der Devaheimprozess gegen Generaldirektor Jeppel, Pastor Gremer und Genossen, alles deutsch-nationale Ehrenmänner. Man rechnet mit einer Prozessdauer von mehreren Wochen.

+ + +
Küchen in Not! Der Frankfurter "Verein Erwerbslosenküchen", dessen Einrichtungen überall als mustergültig angesehen werden, muss wahrscheinlich seine 29 Küchen am 15. Mai aus Mangel an Mitteln schliessen. Der von Republikanern geleitete Verein, der mit Hilfe von Mitgliedsbeiträgen ein Liter Essen für 10 Pfennige an die Erwerbslosen abgibt, kann sein gutes Werk nur fortsetzen, wenn die Stadt Frankfurt mit Beihilfen einspringt. Verhandlungen sind im Gange.

+ + +
Kinderlähmung! In Breidenstein (Regierungsbezirk Wiesbaden) sind einige Fälle von Kinderlähmung festgestellt worden. Mehrere Kinder befinden sich bereits auf dem Wege der Besserung.

+ + +
Flieger als Mörder. In Miami (Florida, USA) wurde der britische Fliegershauptmann Lancaster wegen Mordes verhaftet. Lancaster hat den amerikanischen Piloten Haden Clark aus Eifersucht erschossen. Clark war der Geliebte der australischen Fernfliegerin Keith Miller. Als man seine Leiche fand, glaubte man zunächst an Selbstmord. Lancaster hat jetzt jedoch gestanden, die "Abschiedsbriefe" des Toten gefälscht zu haben.

+ + +
Neuer Flugzeugtyp. Professor Scheidler und Diplomingenieur Neumann vom Versuchsflugzeugbau der Technischen Hochschule in Breslau führten auf dem Flugplatz Berlin-Tempelhof einen neuen Flugzeugtyp vor. Die Tragflächen der neuen Maschine bergen in ihrem Innern nach Art eines Ausziehtisches noch einmal Tragflächen, die von dem Piloten herausgekurbelt werden können. Die auf diese Weise mögliche 20prozentige Vergrößerung der Tragflächen bewirkt beim Start und beim Landen eine 30 bis 40 prozentige Verkürzung der Lande- und Startstrecke. In der Luft kann die Reisegeschwindigkeit durch Einziehen der Tragflächen gesteigert werden. Durch die neue Erfindung soll ausserdem die Sicherheit erhöht werden.

+ + +
Ein "Opfer". Der oberste Gerichtshof in Chicago hat das Wiederaufnahmegesuch im Steuerhinterziehungsprozess des Bandenkönigs Al Capone abgelehnt. Al Capone muss also die 11 Jahre Gefängnis, zu denen er vor einiger Zeit verurteilt wurde, absitzen. Als der ehemals so mächtige Schmugglerkönig die Ablehnung seines Wiederaufnahmeverfahrens erfuhr, brach er in Tränen aus und erklärte: "Ich bin das Opfer dieses ganzen Geredes von der Rechtsbeugung. Ich habe mehr Verbrechen verhindert, als es der Polizei jemals gelungen ist. Es ist eine Schmach und eine Schande!"



Reichskonzern berichtet.

Starke Abschreibungen - starke Krisenrüstung.

SPD. Die Vereinigte Industrieunternehmungen A.-G., kurz Viag genannt, verteilt für das Ende März 1932 zu Ende gegangene Geschäftsjahr eine Dividende von 5 Prozent gegenüber 7 Prozent im Vorjahr. Die Einnahmen in der Ertragsrechnung stellen sich auf 12,76 Millionen Mark gegenüber 15,09 Millionen Mark im Vorjahr. Von den Dividendeneinnahmen in Höhe von 12,33 Millionen Mark sind aber schon 3 Millionen Mark für Abschreibungen und Rückstellungen abgesetzt worden.

Der Reichskonzern hat sich im Katastrophenjahr 1931/32 äusserst widerstandsfähig erwiesen. Allerdings war die Entwicklung bei den einzelnen Unternehmungen uneinheitlich. Die angeschlossene Reichskreditgesellschaft zahlte aus einem Reingewinn von 3,14 Millionen Mark eine Dividende von 4 Prozent (im Vorjahr 7 Prozent). Die von der Reichskreditgesellschaft kontrollierte Deutsche Versicherungsbank schüttete eine Dividende von 6 Prozent, die ebenfalls der Reichskreditgesellschaft gehörende Deutsche Orthopädische Werke G.m.b.H. erzielte einen Reingewinn von 34 000 Mark. Bei der Deutschen Revisions- und Treuhand A.-G. ergibt sich eine Dividende von 10 Prozent bei einem Reingewinn von rund 149 000 Mark. Die Treuhandgesellschaft für Kommunale Unternehmungen A.-G. erbringt 5 Prozent. Unter den elektrowirtschaftlichen Unternehmungen zahlen die Reichselektrowerke eine Dividende von 5 Prozent aus einem Reingewinn von 4,73 Millionen Mark. Weiter ist die Viag an dem Braunkohlenkonzern Ilse (7 Prozent), am Ostpreussenwerk (3 Prozent), an der Württembergischen Landes-Elektrizitäts A.-G. (4 Prozent) und am Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk, dessen Abschluss noch nicht vorliegt, beteiligt. Weniger gut als in der Elektroindustrie und im Bankgewerbe steht es um die Aluminiumindustrie, wo es zu weiteren Produktionseinschränkungen kam. Immerhin zahlt die Vereinigte Aluminiumwerke A.-G. aus einem Reingewinn von 1,74 Millionen Mark eine Dividende von 6 Prozent (im Vorjahr 9 Prozent). Die Erftwerke A.-G. wird mit einer Dividende von 4 Prozent aufgeführt, die Rheinische Blattmetall A.-G. mit 6 Prozent (im Vorjahr 12 Prozent). 6 Prozent zahlt auch das Innwerk, Bayerische Aluminiumwerke A.-G.. Bei den Vereinigten Deutschen Metallwerken, deren Umsatz weiter zurückgegangen ist, konnten für das verflossene Geschäftsjahr 105 000 Mark Reingewinn vorgetragen werden. Die Bayerischen Kraftwerke A.-G. und die Donauwerke A.-G. für Kalkindustrie blieben ohne Dividende, dagegen erzielte die Mitteldeutsche Stickstoffwerke A.-G. aus der Verpachtung des Werkes Piesteritz einen Reingewinn von 1,4 Millionen Mark = 6 Prozent Dividende. Auch bei der Alzwerke A.-G. liegt eine Verzinsung von 6 Prozent vor. Die Deutsche Industriewerke A.-G. schloss für das verflossene Jahr mit einem Verlust von 1,3 Millionen Mark ab. Hier sind die Umsatzrückgänge sehr gross. Sehr stark ist es zu Stilllegungen gekommen. Bei der Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik (Rheinmetall), die auch stark unter Umsatzrückgang leidet, konnten wenigstens noch 200 000 Mark auf neue Rechnung vorgetragen werden. Für die Ilse der Hütte, die schon für 1930 ohne Dividende blieb, liegt der Abschluss noch nicht vor. Beim Peiner Walzwerk ergibt sich für das Geschäftsjahr 1930/31 ein Verlust von 933 000 Mark. Die

Bayerischer Lloyd Schiffahrts A.-G., die 1930 = 6 Prozent zahlte, hat ihren Abschluss noch nicht vorgelegt.

Die Bilanz weist wesentliche Aenderungen auf. Insbesondere sind die Forderungen gestiegen und zwar von rund 34 Millionen Mark auf über 47 Millionen Mark. Das hängt mit der Beteiligung der Reichselektrowerke an der Berliner Energiewirtschaft zusammen. Die Verbindlichkeiten werden mit 34,74 Millionen Mark ausgewiesen gegenüber 29,60 Millionen Mark im Vorjahr.

Die Viag, die eine ausgesprochene Beteiligungsgesellschaft ist, hat natürlich starke Abschreibungen vorgenommen. Damit ist weitgehend den Begleiterscheinungen der Krise Rechnung getragen worden. Weiter steht eine stille Reserve von 6 Millionen Mark zur Verfügung, sofern bei den Beteiligungen eine weitere Wertberichtigung (Kapitalschnitt) notwendig werden könnte. Für diesen Zweck ist auch die Sonderrücklage vorgesehen, die Ende März 1932 einen Betrag von 4,2 Millionen Mark erreicht.

Der Reichskonzern ist also stark gerüstet, um den Auswirkungen der Krise standzubieten. Man kann heute schon sagen, dass das Experiment eines reichseigenen Industriekonzerns geglückt ist.

SPD. Das Reichswirtschaftsministerium teilt mit: Die Devisenlage macht einige Verschärfungen der Bestimmungen für den Reiseverkehr nach dem Ausland und dem Saargebiet notwendig. Falls bei solchen Reisen die Ausgaben im Ausland die Freigrenze (zurzeit 200 Mark für den Kalendermonat) übersteigen, ist bekanntlich eine Genehmigung der Devisenbewirtschaftungsstelle für die Mitnahme eines höheren Betrages erforderlich. Die Devisenbewirtschaftungsstellen werden für nicht geschäftliche Reisen fortan den Nachweis der Dringlichkeit der Reise verlangen; bei Reisen zum Kurzgebrauch im Ausland ist hierbei die Vorlage eines amtsärztlichen Zeugnisses erforderlich. Auf die Freigrenze bzw. auf den von den Devisenbewirtschaftungsstellen genehmigten Betrag sind Anweisungen auf Leistungen im Ausland, wie Akkreditive, Hotelgutscheine usw. stets anzurechnen; der entsprechende Betrag ist von den Reisebüros usw. im Reisepass bzw. auf dem Genehmigungsbescheid einzutragen. Von einigen ausländischen Kurverwaltungen usw. sind in letzter Zeit Prospekte verschickt worden, in denen deutschen Kurgästen empfohlen wird, bei einem beabsichtigten Kuraufenthalt im Auslande bereits einige Monate vor Antritt der Reise regelmässig Ueberweisungen im Rahmen der Freigrenze vorzunehmen. Es wird davor gewarnt, auf solche Empfehlungen einzugehen, da dieses Verfahren eine Umgehung der deutschen Devisenvorschriften darstellt. Bei Reisen zur Teilnahme an wissenschaftlichen oder wirtschaftlichen Tagungen werden die Devisenbewirtschaftungsstellen prüfen, ob ein besonderes Interesse an der Reise anerkannt werden kann und die angeforderten Beträge angemessen sind. Auch bei Geschäftsreisen wird strenger als bisher darauf geachtet werden, dass die Anforderungen an Devisen als berechtigt anerkannt werden können.

SPD. Der Reichsbankausweis für die letzte Aprilwoche zeigt die alte Tendenz einer weiteren Schrumpfung der Kredite. Obwohl die Bank zur Ueberwindung des Monatsultimos Kredite im Ausmass von 474,3 Millionen Mark neu gewährte, stellt sich die gesamte Anlage gegen Monatsende nur auf 3 815,5 Millionen Mark gegenüber 3 969,5 Millionen Mark Ende März. Im einzelnen haben die Bestände an Handelswechseln und Schecks um 256,3 Millionen Mark auf 3 145,5 Millionen Mark (Ende März = 3 258,5 Millionen Mark) zugenommen. Der Lombardkredit erhöhte sich um 198,7 Millionen Mark auf 282 Millionen Mark (Ende

Marz = 289,9 Millionen Mark). Bei der Währungsreserve liegt eine Zunahme um 500.000 Mark auf 989,5 Millionen Mark vor. Im einzelnen haben die Goldbestände um 1,1 Millionen Mark auf 858,8 Millionen Mark abgenommen, während die Bestände an deckungsfähige Devisen um 1,6 Millionen Mark auf 130,6 Millionen Mark stiegen. Die Deckung der Noten durch Gold und Deckungsdevisen beträgt 24 Prozent gegenüber 25,5 Prozent in der Vorwoche.

SPD. Das amerikanische Repräsentantenhaus hat mit überwältigender Mehrheit und nahezu ohne Diskussion ein Gesetz angenommen, das bisher jahrelang umstritten und eigentlich nie recht ernst genommen worden war. Das Gesetz verpflichtet die Notenbanken zu einer Währungspolitik, deren Ziel die Wiederherstellung und Aufrechterhaltung des durchschnittlichen Preisniveaus von 1921 bis 1929 ist; alle bestehenden Vorschriften, die im Widerspruch zu diesem neuen Gesetz stehen, sollen als aufgehoben gelten. Der letzte Satz würde bedeuten, dass alle gesetzlichen Schranken, die bisher der unbegrenzten Notenausgabe entgegen standen, vorläufig aufgehoben sind. Da das jetzige Preisniveau in den Vereinigten Staaten etwa ein Drittel unter dem durchschnittlichen Preisniveau von 1921 bis 1929 steht, müssten die Preise von der Geldseite her um ungefähr 50 Prozent erhöht werden, um das Ziel des neuen Gesetzes zu erreichen. Das wäre aber nur durch eine vorläufig schrankenlose Vermehrung des Geldumlaufs zu erreichen.

Dabei ist es für die ungeheuren Schwierigkeiten, die der Durchsetzung einer solchen Währungspolitik entgegen stehen, charakteristisch, dass die bisherigen Versuche einer Kreditausweitung in den Vereinigten Staaten noch ohne Erfolg geblieben sind. Obwohl nämlich in den letzten Wochen die Notenbanken in grosszügigster Weise den Banken Staatspapiere abgenommen haben, ist der Notenumlauf nicht gestiegen, vielmehr gesunken. Die Lähmung der Wirtschaft ist eben so gross, dass sie die Kredite, die die Notenbanken ihr aufdrängen wollen, nicht aufnimmt.

Im übrigen hat man den Eindruck, dass das neue Gesetz ausschliesslich auf wahlpolitische Gründe zurückgeht. Die beiden grossen Parteien in Amerika empfinden das lebhafteste Bedürfnis, ihren Wählern knapp vor den Wahlen zu beweisen, dass sie alles, was in ihrer Macht steht, tun, um die Wirtschaft zu beleben. Man muss deshalb abwarten, ob das Gesetz auch vom Senat angenommen und vom Präsidenten - der allerdings auch vor Neuwahlen steht - unterschrieben wird. Selbst wenn es aber endgültig angenommen werden sollte, ist es doch sehr fraglich, wie die Notenbanken die vage und etwas mystische Anordnung, die es enthält, praktisch durchführen können.

SPD. Dem Zentralen Kreditausschuss ist es gelungen, den Streit zwischen Banken und Sparkassen, der mit der Ermässigung des Reichsbankdiskonts wiederum entbrannte, zu schlichten.

Die Dinge liegen so, dass die Sparkassen bei der Vergütung für Spareinlagen an dem bisherigen Satz von 4 Prozent unbedingt festhalten, während die Banken die Vergütung für Kontokorrentgelder, also für Einlagen, die nicht dem Zweck des Sparens, sondern dem Ueberweisungsverkehr dienen, senken müssen, wenn sie auf ihre Kosten kommen wollen. Der Zinsunterschied bei Kontokorrent- und Spargeldern betrug anfänglich nur $\frac{1}{2}$ Prozent; mittlerweile hat er sich bis auf 2 Prozent vergrössert. Mit dem Unterschied verschärft sich auch der Streit zwischen Banken und Sparkassen. Die Banken machten den Sparkassen besonders den Vorwurf, dass Kontokorrentgelder als Spargelder frisiert würden, um so, durch erhöhten Zinssatz, mehr Einlagen zu erhalten.

Die Einigung erfolgte in der Art, dass die Sparkassen ihren Satz von 4 Prozent behalten. Im übrigen hat man den Versuch gemacht, die Spargelder im Gegensatz zu den Kontokorrentgeldern zu kennzeichnen und zwar mit Hilfe des Sparbuches. Bei Einzahlungen oder Abhebungen von Spargeldern ist das Sparbuch zu benutzen. Schecküberweisungen sind in der Art wie bei Kontokorrentgeldern ausgeschlossen. Jedoch kann man Ueberweisungen vornehmen, aber mit Hilfe des Sparkassenbuches.

Wichtig ist auch die neue Bestimmung bei Abhebungen von Spargeldern vor dem vereinbarten Kündigungstermin. Eine solche Abhebung kann notwendig werden durch Feuer- oder Wasserschäden, durch Tod, Krankheit usw. In solchen Fällen soll die Auszahlung erfolgen. Aber der Sparer erhält den vorzeitig ausbezahlten Betrag gewissermassen als Kredit. Er hat dafür auch entsprechenden Zins, also Debetzins, zu zahlen. Diese Bestimmung muss sich unsozial auswirken; trifft sie doch solche Sparer, die von Unglücksfällen betroffen worden sind. Um der Bestimmung die soziale Härte zu nehmen, soll eine Freigrenze festgesetzt werden. Es kommt nun alles darauf an, wie hoch man diese Freigrenze festsetzt.

 Hausse.

(Berliner Produktenbörse vom 3. Mai.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse machte am Dienstag die haussierende Stimmung für Weizen weitere Fortschritte. Das Angebot an Inlandsware blieb ausserordentlich knapp, während sich guter Bedarf der Mühlen zeigte und auch vom Rhein her grössere Kaufaufträge vorlagen. Infolgedessen ging der Kurs in die Höhe und die Preise für prompte Ware mussten 2 Mark heraufgesetzt werden. Auch am Markte der Zeitgeschäfte war namentlich der laufende Monat stark befestigt, während Juliweizen nur 1 Mark gewann und für Septemberware der Preis leicht abgeschwächt war. Roggen fand weniger Interesse. Grössere Andienungen am Markte der Zeitgeschäfte drückten auf die Tendenz und auch die Kauflust für Inlandsroggen war nicht mehr so gross wie am Vortage. Gleichviel blieb der Kurs für Inlandsware unverändert, während sich am Markte der Zeitgeschäfte leichte Abschwächungen ergaben. Am Mehlmarkt waren die Offerten für Weizenmehl um 25 bis 50 Pfg. erhöht. Jedoch hielten sich die Käufer sehr zurück; selbst auf die laufenden Abschlüsse erfolgte nur wenig Abruf. Roggenmehl hatte sehr ruhigen Markt bei kleinen Umsätzen und unveränderten Preisen. Für Hafer war die Stimmung etwas fester. Der Bedarf hatte sich vermehrt. Die erhöhten Forderungen der Landwirte wurden eher bewilligt.

	2. Mai		3. Mai	
	(ab märkische Station in Mark)			
Weizen	271	- 273	273	- 275
Roggen	198	- 200	198	- 200
Bräugerste	187	- 194	187	- 194
Futter- und Industrierogerste	179	- 186	179	- 186
Hafer	162	- 167	163	- 168
Weizenmehl	33,00	- 36,50	33,00	- 36,50
Roggenmehl	25,90	- 27,60	25,90	- 27,60
Weizenkleie	11,60	- 11,90	11,60	- 11,90
Roggenkleie	9,90	- 10,25	9,90	- 10,25
Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 286-285 $\frac{3}{4}$ (Vortag 283), Juli 289-288 $\frac{1}{2}$ (287 $\frac{1}{2}$), September 228 $\frac{1}{2}$ -228 $\frac{1}{4}$ Brief (228 $\frac{1}{2}$), Roggen Mai 194 $\frac{1}{2}$ - 194 $\frac{1}{4}$ (195), Juli - bis 198 $\frac{1}{2}$ (199), September - (186), Hafer Mai 174-173 (172) Juli 180-187 (179) September 156 $\frac{1}{2}$ -155 (154).				

Rauhfutternotierungen.

3. Mai

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen) Rll	1,30	- 1,55
" " Weizenstroh Rll	1,10	- 1,25
" " Haferstroh Rll	1,10	- 1,25
" " Gerstenstroh Rll	1,10	- 1,25
Roggen Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt Rll	1,35	- 1,65
Bindfadengepresstes Roggenstroh Rll	1,30	- 1,45
" " Weizenstroh Rll	1,15	- 1,30
Häcksel Tendenz ruhig Rll	1,30	- 2,10
Handelsübliches Heu, gesund und trocken Rll	1,45	- 1,65
Gutes Heu, gesund und trocken Rll	2,15	- 2,55
Luzerne, lose Rll	2,50	- 2,80
Thymothee, lose Rll	2,50	- 2,80
Kleeheu, lose Rll	2,30	- 2,60
Mielitz-Heu, lose, rein Rll		
" " " (Warthe) Rll		
" " " (Havel) Rll		
Drahtgepresstes Heu Rll	0,40	über Notiz

Tendenz behauptet.

SPD. Der vom Statistischen Reichsamt errechnete Index der Aktienkurse stellt sich für den Durchschnitt des Monats April auf 49,64 (letzte Aprilwoche = 50,69). Das Kursniveau der sechszehnten festverzinslichen Wertpapiere wird für den Monatsdurchschnitt April mit 62,98 angegeben (letzte Aprilwoche = 64,23). Bei den Kennziffern ist der Index 1924 bis 1926 = 100 gesetzt.

SPD. Unter Eindruck der Wirtschaftskrise ist der heftig umkämpfte Plan einer Ferngasversorgung des hessischen Wirtschaftsgebietes von der Ruhr aus zusammengebrochen. Seinerzeit wurde, um dieses Projekt durchzuführen, die sogenannte Hekoga, die Hessische Kommunale Gasversorgungs A.-G., gegründet. Ihr gehörten vor allem die Städte Darmstadt, Mainz, Worms und Giessen an. Nun haben die Städte Worms und Darmstadt beschlossen, aus der Hekoga auszuschneiden bzw. das Unternehmen zu liquidieren.

SPD. Die Industrie- und Handelskammer Wesermünde fordert im Zusammenhang mit der Kreditaktion für die Grossreedereien die Einbeziehung der Hochseefischereibetriebe unter die Kreditgarantie des Reiches. Die Projekte der Handelskammer laufen dahin, die alte unrentable Tonnage zu verschrotten und eine Neuerung der ganzen Fischereiflotte durchzuführen.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Berliner Kartoffelpreisnotierung je Zentner waggonfrei märkischer Station vom 3. Mai: Weisse Kartoffeln 1,40-1,50, Rote 1,50-1,70, Gelbfleischige (ausser Nieren) 2,20-2,40, Exportware über Notiz-Fabrikkartoffeln je Stärkereprozent 7,50-8,50 Pfg.



Sturmsignale.

SPD. Bei den Arbeitgeberspitzen herrscht schlechte Laune. Sie kommt in der Rechtspresse, vor allem in Blättern vom Schlage der "Deutschen Allgemeinen Zeitung", bereits sehr drastisch zum Ausdruck. Der Reichsarbeitsminister ist den Herrschaften verdächtig. Sie sind auf ihn schlecht zu sprechen. Sie sprechen von einer "Schwenkung" Stegerwalds und fragen ihn grimmig und drohend: "Wieder aktive Sozialpolitik?" Noch ist der Ton, in dem sich der Zorn Luft macht, verhältnismässig ruhig, allein im Hintergrund hört man schon die Faust auf den Tisch knallen.

Was ist geschehen? Warum ist der Reichsarbeitsminister plötzlich bei den Arbeitgeberspitzen in Ungnade gefallen? Was hat er getan? Einstweilen noch garnichts. Aber es sieht so aus als wolle er etwas tun, und das ist für das Unternehmertum Grund genug zu Misstrauen. Der Reichsarbeitsminister versucht, einige Dinge ins Lot zu bringen, die längst in Ordnung hätten gebracht werden müssen. Seine Pläne zur Arbeitszeitverkürzung, zur Arbeitsbeschaffung, zur Erhaltung der Sozialversicherung, zur Neufinanzierung der Arbeitslosenversicherung und sein - Versprechen, dass mit dem allgemeinen Lohnabbau nun wirklich und definitiv Schluss sein müsse, - all das ist für die Unternehmerpresse eine grauliche und abscheuliche Aktivität.

Diese Aktivität trägt lediglich bitterernsten Notwendigkeiten Rechnung. Sie ist alles andere als ein grosses Zugeständnis an die Gewerkschaften. Sie ist eine Selbstverständlichkeit. Für die Arbeitgeber dagegen ist sie Grund genug, gegen den Reichsarbeitsminister eine wilde Attacke zu reiten. Ja, solange der Reichsarbeitsminister nur im Lohnabbau seine stärkste Aktivität entfaltet hat, da war alles in Ordnung. Da war der Reichsarbeitsminister der grosse Realpolitiker und der kluge Sozialpolitiker. Jetzt dagegen ist aus mit dem Lob. Jetzt heisst's bei den Freunden von gestern, die Lohnpolitik des Reichsarbeitsministers steuere mit vollen Segeln in einen verschärften Sozialismus hinein. Statt der in Aussicht gestellten Auflockerung des Schlichtungswesens sei sogar mit einer Versteifung der staatlichen Lohnamtpolitik zu rechnen. Die Hoffnungen der Wirtschaft auf eine grössere Lohnbeweglichkeit seien enttäuscht worden. Mit Nachdruck betreibe das Reichsarbeitsministerium die Einführung der Vierzigstundenwoche und das Verbot der Ueberarbeit. Offenbar sei Stegerwald jetzt auch jener "unsachlichen" Einstellung verfallen, dass man angesichts der Lage "etwas tun" müsse, auch wenn das Unternehmertum nicht wirtschaftlich fundiert sei und keine wirkliche soziale Entspannung bringen könne. Das Ministerium wolle anscheinend bei der Kombination von Arbeitsbeschaffung und Erwerbslosenfürsorge preussischen Anregungen folgen, die auf eine Erhöhung der Bei träge und Bereitstellung eines Kapitalfonds zur staatlichen Arbeitsbeschaffung hinauslaufen. In einer Zeit, wo alles darauf ankomme, der Wirtschaft wieder Vertrauen zur Politik zu geben, erfolge ein Angriff auf die gesetzlichen Unternehmerkammern und die verblühte Aufforderung, sie möchten sich paritätisch umbilden.

Ein langes Sündenregister - und wem zuliebe? fragen die Ankläger. Zur Befriedigung der Sozialdekomratie und der Gewerkschaften? Es gebe auch Stimmen, die in dieser Schwenkung bereits die "sozialpolitische Fundierung des

kommenden schwarz-braunen Blocks" sehen wollen. Jedenfalls könne man kaum mehr mit dem Gegengewicht politischer Gruppen rechnen, die sich klar und unzweideutig mit den Grundsätzen der freien unternehmerischen Wirtschaft bekennen. Der politische Einfluss der Deutschnationalen sei nach den Preussenwahlen gering. Der einzige zuverlässige Gegner dieser Pläne sei im Kabinett der Reichswirtschaftsminister gewesen.

Wie man sieht: Die Maulwürfe, die das Reichskabinett unterwühlen, sind zur Zeit eifrig bei der Arbeit; denn Hitlers Geldgeber wollen aufs Ganze gehen. Alles was wir in den letzten Tagen an Angriffen gegen die Reichsregierung erlebt haben, sind Teilaktionen eines Grossangriffs der Arbeiterfeinde gegen die Republik!

SPD. Die Beschwerde der Unternehmerpresse, dass die Lohnpolitik des Reichsarbeitsministers die Hoffnungen der Wirtschaft auf eine grössere Lohnbeweglichkeit enttäuscht habe, muss bei den Bauarbeitern schallendes Gelächter hervorrufen. Die Sonderschlichter, die vom Reichsarbeitsminister zur Neuregelung der Bauarbeiterlöhne eingesetzt worden sind, befolgen prompt die Parole des Ministers für den Abbau der "Binnenmarktlöhne". Alle von den Arbeitervertretern gegen den Lohnabbau vorgebrachten Argumente stossen auf taube Ohren. Infolgedessen ist der Abbau in allen Bezirken gleich katastrophal.

Die bisher für das Baugewerbe vorliegenden Schiedssprüche sprechen einen Lohnabbau bis zu 24,2% aus. In einem einzigen Lohngebiet beträgt der Lohnabbau "nur" 11,7 Prozent. Im Freistaat Braunschweig beträgt nach dem Schiedsspruch der Spitzenlohn für Facharbeiter 95 Pfennige. Er geht herunter in Lohnklasse V bis auf 62 Pfennige. Der Tiefbauarbeiterlohn bewegt sich zwischen 68 und 46 Pfennige, worauf angesichts der Propaganda für den freiwilligen Arbeitsdienst besonders aufmerksam gemacht werden muss, weil dieser ja auch mit den "hohen Bauarbeiterlöhnen" gerechtfertigt werden soll. In Bayern ist der Maurerlohn um 16,5 Prozent abgebaut worden, in der Lohnklasse I sogar um 19%. Stundenlöhne über eine Mark gibt es in Bayern nicht mehr. In der Lohnklasse I (Mittelstädte) werden für Maurer 85 Pfennig pro Stunde gezahlt. Für alle übrigen Bauarbeiterkategorien bewegt sich in Bayern der Lohnabbau zwischen 20,8 und 15,5 Prozent. - Im Bezirk Nordwestdeutschland werden in der Lohnklasse I (Stadt Hannover) einschliesslich Verkehrszulage an Facharbeiter nur noch 95 Pfennig und an Tiefbauarbeiter 70 Pfennig pro Stunde gezahlt. In den übrigen Lohnklassen bewegen sich die Facharbeiterlöhne zwischen 90 und 57 Pfennigen, der Tiefbauarbeiterlohn zwischen 65 und 47 Pfennig. Der Schiedsspruch für Württemberg senkt die Löhne in der höchsten Ortsklasse um 23 auf 92 Pfennig, was einem Abbau von 20 Prozent entspricht; in den niedrigeren Lohnklassen wird der Lohn um 19,6 und um 12 Prozent gesenkt; das macht im letzteren Fall einen Stundenlohn von 66 Pfennig aus. Tiefbauarbeiter erhalten in der höchsten Klasse 70 Pfennig, in der untersten 51 Pfennig. - In Oberschlesien sollen Facharbeiter entsprechend dem Schiedsspruch in der höchsten Lohnklasse 71 Pfennig, in der untersten 58 Pfennig erhalten. Tiefbauarbeiter erhalten einen Stundenlohn von 44 bis 38 Pfennig. Der Abbau bewegt sich zwischen 15,9 und 11,7 Prozent. Im Lohngebiet Kassel wurde der Facharbeiterlohn in der obersten Lohnklasse um 14,3 Prozent gesenkt, das macht 15 bis 18 Pfennig pro Stunde. In den übrigen Lohnklassen beträgt der Abbau 17,3 bis 20 Prozent.

Ähnlich wie in diesen Stichproben steht es mit dem Abbau auch in den übrigen Lohngebieten. Bei den Bauunternehmern in Pommern scheint sich der dort grassierende Nazigeist besonders auszuwirken. Sie liessen einfach selbstherrlich verkünden, dass vom 2. Mai an nur noch die von ihnen diktierten Löhne Geltung haben. In Gross-Stettin wollten die Unternehmer den Maurern nur noch

81 Pfennig Stundelohn bezahlen, d.h. den Lohn um 25 Prozent abbauen. In den übrigen Lohnklassen sollen nur noch 69 und 56 Pfennig pro Stunde gezahlt werden, Tiefbauarbeiterlöhne sollen nach dem Diktat der Unternehmer zwischen 56 und 39 Pfennig liegen.

In den meisten Bezirken sind die neuen erheblich abgebauten Löhne als erstmalig zum 31. Oktober d.J. kündbar erklärt, . Die Folge wird sein, dass mancher Auftraggeber nun zurückhält, weil er hofft, im nächsten Jahr den Auftrag billiger ausgeführt zu bekommen. Eine Belebung des Baumarktes ist auf diese Weise bestimmt nicht zu erreichen.

SPD. Auch im Malergewerbe sind die Lohnverträge gekündigt worden. Es herrscht im grössten Teil der Tarifgebiete ein tarifloser Zustand. Die Partei-verhandlungen sind an den übertriebenen Forderungen der Unternehmer - sie wollen 30 Prozent und mehr Lohnabbau - gescheitert. Das Schlichtungsverfahren wird von den Unternehmern verschleppt, weil sie im lohntariflosen Zustand die einseitig diktierten Löhne sich einspielen lassen wollen.

Der rigore Lohnabbau fördert im Malergewerbe das Kleinmeistertum und stürzt die mittleren und grösseren Betriebe und damit die Gehilfenschaft in eine Katastrophe.

SPD. Der Reichsarbeitsminister hat zu den Vorschriften der Dezember-Notverordnung über Unfallverhütung und - Überwachung eine Ergänzungsverordnung vorbereitet. Der Entwurf hierfür bestimmt die Grundlage für die Art der Berufung der Vertreter der Versicherten und der Gewerbeaufsichtsbeamten. Die verschiedenen Gruppen der Versicherten sollen unter Berücksichtigung auch der Minderheiten angemessen vertreten sein. Die Vertreter werden aus den Vorschlagslisten der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer entnommen. Den Vertreter der Gewerbeaufsicht bestimmt der Reichsarbeitsminister,

SPD. Zur Beilegung des Tarifkonfliktes im Berliner Gastwirtsgewerbe finden am Freitag Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss statt. Die Arbeitgeber fordern einen Abbau der Leistungen im Manteltarif, vor allem Verschlechterung der Urlaubsbestimmungen und Senkung der Löhne für das Bedienungspersonal.

SPD. Im New Yorker Baugewerbe streiken zur Zeit 35 000 Mann. Man rechnet mit einer baldigen Beilegung des Konfliktes, der fast die gesamte Bautätigkeit einschliesslich der Radio-City-Neubauten zum Stillstand gebracht hat. Die Bauarbeiter fordern den Abschluss einheitlicher Lohn- und Manteltarifverträge anstelle einzelner gewerkschaftlicher Abmachungen, die zu Lohn-differenzen geführt haben.

SPD. In der Bonner Möbelbranche wurden 600 Arbeiter ausgesperrt, weil sie sich einem Lohndiktat der Unternehmer nicht fügen wollten. Vier Möbel-fabriken hatten am 2. Mai den Spitzenlohn von 92 auf 83 Pfennig und den Lohn-satz für Hilfsarbeiter von 83 auf 71 Pfennig per Diktat gekürzt. In Köln sind wegen Lohn-differenzen die Installateure ausgesperrt worden.